

Staats- und völkerrechtliche Abhandlungen
der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht

Band 30

Territoriale Souveränität und Gebietshoheit

Herausgegeben von

Gilbert H. Gornig
Hans-Detlef Horn



Duncker & Humblot · Berlin

Territoriale Souveränität und Gebietshoheit

Staats- und völkerrechtliche Abhandlungen der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht

Herausgeber im Auftrag der
Kulturstiftung der deutschen
Vertriebenen, Bonn:

Dieter Blumenwitz †, Karl Doehring †, Gilbert H. Gornig, Christian Hillgruber,
Hans-Detlef Horn, Bernhard Kempen, Eckart Klein, Hans v. Mangoldt,
Dietrich Murswiek, Dietrich Rauschnig

Band 30

Territoriale Souveränität und Gebietshoheit

Herausgegeben von

Gilbert H. Gornig
Hans-Detlef Horn



Duncker & Humblot · Berlin

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Die Bände 1 – 19
der „Staats- und völkerrechtlichen Abhandlungen
der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht“ erschienen
im Verlag Wissenschaft und Politik, Köln

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen
Wiedergabe und der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten

© 2016 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fremddatenübernahme: Konrad Tritsch GmbH, Ochsenfurt

Druck: Meta Systems Publishing & Printservices GmbH, Wustermark
Printed in Germany

ISSN 1434-8705

ISBN 978-3-428-14900-1 (Print)

ISBN 978-3-428-54900-9 (E-Book)

ISBN 978-3-428-84900-0 (Print & E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☼

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Vorwort

Staatenpraxis und völkerrechtliche Judikatur unterscheiden zwischen den Begriffen territoriale Souveränität und Gebietshoheit. Englische Publikationen bringen allerdings diese im Völkerrecht weitgehend akzeptierte Differenzierung häufig nicht zum Ausdruck, wenn der Begriff „territorial sovereignty“ sowohl für territoriale Souveränität als auch für Gebietshoheit herangezogen wird.

Territoriale Souveränität bedeutet letztendliche Verfügungsgewalt über das Territorium, selbst wenn man darin keine Herrschaftsgewalt besitzt. Gebietshoheit hingegen ist die tatsächliche Gesetzes-, Befehls- und Rechtsprechungsgewalt, also die grundsätzliche Befugnis eines Staates zur Ausübung der Staatsgewalt durch Hoheitsakte gegenüber den im Staatsgebiet befindlichen Personen und Sachen. Sie steht in beschränktem Umfang auch sonstigen öffentlich-rechtlichen Gebietskörperschaften zu. Die sich in der Gebietshoheit äußernde Territorialität der Staatsgewalt ist ein Wesenszug des modernen Staates. Unmittelbar aus der Gebietshoheit folgt, dass es anderen Staaten verboten ist, auf fremdem Staatsgebiet Hoheitsmacht auszuüben. Zur Verdeutlichung der Begriffe territoriale Souveränität und Gebietshoheit wird gerne auf die Begriffe Eigentum und Besitz im Zivilrecht zurückgegriffen. Der Begriff der territorialen Integrität hingegen wird in der Regel herangezogen, wenn die Unverletzlichkeit des Hoheitsgebietes und der Grenzen eines souveränen Staates durch einen anderen Staat in Betracht steht.

Im Völkerrecht muss der territoriale Souverän nicht die Gebietshoheit innehaben und der Inhaber der Gebietshoheit muss nicht zwingend territorialer Souverän sein, auch wenn er das meistens ist. Auch ist zwischen rechtmäßiger und rechtswidriger Gebietshoheit zu unterscheiden. Es ist jedoch nicht möglich, die Gebietshoheit von ihrer Ausübung zu trennen, da jeder Staat stets nur seine eigene Gebietshoheit auszuüben vermag, auch wenn er das Recht zur Ausübung der Gebietshoheit auf fremdem Gebiet vertraglich erworben hat. Beispiele aus der Staatenpraxis lassen sich weltweit, aber auch in der deutschen Geschichte und Zeitgeschichte finden. Nicht selten bergen dergleichen Verhältnisse Konfliktstoff für die innerstaatlichen und internationalen Beziehungen.

Das Symposium versucht, einige schwierige Fragen des Völkerrechts und des Verfassungsrechts zu klären und die damit zusammenhängenden brisanten politischen Fragen in staatenübergreifender Diskussion zu untersuchen und dabei Perspektiven zu entwickeln, die das friedliche Miteinander der Völker in Europa und in der Welt zu fördern vermögen.

Hans-Detlef Horn behandelt zu Beginn die Frage, wie das Verhältnis des Staates zu „seinem“ Gebiet rechtlich zu fassen ist. Denn territoriale Souveränität und Gebietshoheit benennen Kompetenzen, die die Zuordnung eines Staates zu einem bestimmten Gebiet voraussetzen. Das Recht, das diese Zuordnung schafft und durch die Garantie der territorialen Unversehrtheit sichert, ist nicht das eigene Recht des jeweiligen Staates, sondern das Völkerrecht der Staatengemeinschaft. *Gilbert H. Gornig* geht auf die Unterscheidung zwischen territorialer Souveränität und Gebietshoheit ein und bringt dazu eine Fülle von Beispielen aus der Geschichte des Völkerrechts und von heute, mit denen dokumentiert wird, dass und wie sowohl die territoriale Souveränität als auch die Gebietshoheit übertragen, aber auch beschränkt werden kann. Viele Beispiele finden sich auch in Ereignissen der bewegten deutschen Geschichte. *David Bergius* setzt sich mit dem Übergang der deutschen Ostgebiete an Polen und die Sowjetunion nach 1945 auseinander und verdeutlicht, dass die Ostgebiete bis zur Wiedervereinigung 1990 noch der territorialen Souveränität von Deutschland als Ganzem unterstanden, das aber dort keine Gebietshoheit besaß. Die Gebietshoheit lag bei Polen und der Sowjetunion, wobei die Frage der Rechtmäßigkeit dieser Gebietshoheit umstritten ist. *Adrianna Agata Michel* diskutiert die Ukraine-Krise aus völkerrechtlicher Perspektive und widmet sich der schwierigen Frage der Zugehörigkeit der Krim und dem Status von „Neurussland“. Die Grundsätze von „ex factis ius oritur“ und „ex iniuria ius non oritur“, also dass aus Fakten Recht entstehen kann, aber aus Unrecht kein Recht, stehen sich scheinbar widersprüchlich gegenüber. *Falk Hartmann* setzt sich mit dem Selbstbestimmungsrecht der zahlreichen Völker im russischen Teil des Nordkaukasus auseinander und illustriert Probleme einer längst wieder vergessenen Region, die zu Russland gehört, aber deren Menschen ihr Schicksal innerhalb oder außerhalb Russlands selbst bestimmen wollen. *Hilde Farthofer* widmet sich der fehlenden Anerkennung von Nordzypern, die neu überdacht werden sollte, zumal die Verarmung dieser Region nicht zu unterschätzende Gefahren für den Frieden bedeuten kann. Sie beleuchtet verschiedene endogene und exogene Faktoren und berücksichtigt die Bestrebungen der Völker nach Unabhängigkeit. *Aldona Szczeponek* wendet sich der schwierigen Frage zu, ob die Gebiete, über die Israel die Gebietshoheit ausübt, wirklich zur territorialen Souveränität Israels gehören und wie der Status Palästinas rechtlich einzuordnen ist. Die Beziehungen zwischen dem chinesischen Festland und der Republik Taiwan werden von *Li Li* aus der Volksrepublik China und *Wen-Chin Chen* aus der Republik Taiwan kontrovers diskutiert. *Li Li* vertritt den Standpunkt, dass Taiwan seit jeher ein Bestandteil Chinas ist, und dass letztlich der Konflikt der Parteien auf beiden Seiten der Taiwan-Straße um das Recht geht, ganz China zu regieren. Nach der geschichtlichen Darstellung nimmt sie häufig vergleichend auf die deutsche Rechtslage von 1949 bis 1990 und die in Deutschland zur Teilung vertretenen Theorien Bezug, um sie für die Rechtslage Chinas fruchtbar zu machen. *Wen-Chin Chen* diskutiert das Problem aus dem Blickwinkel Taiwans und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, dessen Ausübung durch das Volk von Taiwan durchaus eine endgültige Trennung von China zur Folge haben könnte. Schließlich greift *Friedemann Larsen* das Problem von fremden Wahlen auf eigenem Staatsgebiet auf, veranlasst durch die auf-

wändige Durchführung türkischer Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland. Solche fremden Wahlen stellen einen Eingriff in die Gebietshoheit des Aufenthaltsstaates der Drittstaatsangehörigen dar und bedürfen daher in jedem Einzelfall dessen Zustimmung, wobei auch die Frage auftreten kann, wer dafür nach den Regeln der demokratischen Kompetenzverteilung zuständig ist.

Die Herausgeber danken den Mitarbeitern am Institut für Öffentliches Recht der Philipps-Universität Marburg für ihre tatkräftige Mithilfe bei der Zusammenstellung dieses Bandes in den Staats- und völkerrechtlichen Abhandlungen der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht, insbesondere Frau Petra Kühn und Frau Heike Speier sowie den studentischen Mitarbeiterinnen Maria Theresia Alves Hengstl und Karen Long.

Marburg, im Dezember 2015

Gilbert Gornig, Hans-Detlef Horn

Foreword

State practice and international law jurisprudence differentiate between the terms territorial sovereignty and territorial jurisdiction. English publications, however, often do not express this widely accepted difference in international law, and the term “territorial sovereignty” is used both for territorial sovereignty and territorial jurisdiction.

Territorial sovereignty means ultimate power of disposal over the territory, even if one does not hold sovereign power. Territorial jurisdiction, on the other hand, is the actual legislative power, authority, and judicial power – i. e. the fundamental right of a State to the exercise of state power by sovereign acts against people and things located within the state. This is also granted to other public authorities to a limited extent. The territoriality of state power manifested in the territorial jurisdiction is a characteristic trait of the modern State. It follows directly from the territorial jurisdiction that it is forbidden for other states to exercise sovereign power over foreign states. To illustrate the terms territorial sovereignty and territorial jurisdiction, the terms property and possession are often referred to. The concept of territorial integrity, however, is usually used when the inviolability of the territory and the borders of a sovereign state is affected by another state.

In international law the territorially sovereign must not hold the territorial jurisdiction, and the holder of the territorial jurisdiction need not necessarily be territorially sovereign even if it primarily is. A differentiation between lawful and unlawful territorial jurisdiction is also to be made. It is, however, impossible to separate the territorial jurisdiction from its exercise, as every state is only capable of exercising its own territorial jurisdiction even if it has contractually acquired the right to exercise the territorial jurisdiction on foreign territory. Examples from state practice can be found worldwide, but also in German history and contemporary history. It is not infrequently that similar circumstances pose a source of conflict for national and international relations.

The symposium seeks to clarify some difficult questions of international and constitutional law, to investigate the related controversial political issues in transnational discussion and to develop perspectives that are able to promote the peaceful coexistence of people in Europe and in the world.

Hans-Detlef Horn addresses at the outset the question of how the relationship of State to “its” territory is to be taken legally, since territorial sovereignty and territorial jurisdiction appoint competencies that require the assignment of a State to a certain area. The legal right that creates this assignment and secures it through the guarantee

of territorial integrity is not the law of the State but rather the international law of the international community. *Gilbert H. Gornig* discusses the distinction between territorial sovereignty and territorial jurisdiction and uses a wealth of examples from the history of international law and from today, which document that and how both the territorial sovereignty and the territorial jurisdiction can be transferred, but can also be limited. Many examples can be found in the turbulent events of German history. *David Bergius* deals with the transition of the German eastern territories of Poland and the Soviet Union after 1945 and illustrates that the territories, until reunification in 1990, were under the territorial sovereignty of Germany as a whole, but that they had no territorial jurisdiction. The territorial jurisdiction rested with Poland and the Soviet Union, whereby the question of the legality of the territorial jurisdiction is disputed. *Adrianna Agata Michel* discusses the Ukraine Crisis from an international law perspective and focuses on the difficult question of membership of the Crimea and the status of “New Russia”. The principles of “*ex factis jus oritur*” and “*ex injuria jus non oritur*” (the law arises from the facts and the law does not arise from injustice) appear to contradict each other. *Falk Hartmann* deals with the self-determination of numerous people in the Russian part of the North Caucasus and illustrates problems of a long-forgotten region belonging to Russia, but whose people want to control their own destinies within or outside Russia itself. *Hilde Farthofer* addresses the lack of recognition of Northern Cyprus, which should be reconsidered, particularly as the depletion of this region can mean risks for peace which are not to be underestimated. She examines various endogenous and exogenous factors and takes into account the aspirations of the people for independence. *Aldona Szczeponek* has devoted herself to the difficult question of whether the areas which exercise territorial jurisdiction over Israel really belong to the territorial sovereignty of Israel and how the status of Palestine is legally classified. The relations between the Chinese mainland and Taiwan, the Republic will be controversially discussed by *Li Li* from the People’s Republic of China and *Wen-Chin Chen* from the Republic of Taiwan. *Li Li* considers that since time immemorial Taiwan is a part of China and that ultimately the conflict between the parties on both sides of the Taiwan Strait is to the right to rule over China. After the historical representation she often compares the German legal position from 1949 to 1990 and represented in Germany for sharing theories reference, in order to make them fruitful for the Chinese legal position. *Wen-Chin Chen* discusses the problem from the perspective of Taiwan and the self-determination of people, the exercise of which could (through the people of Taiwan) definitively cause a final separation from the PRC. Finally, *Friedemann Larsen* picks up on the problem of foreign elections on its own territory, prompted by the complex performance of Turkish elections in the Federal Republic of Germany. Such foreign elections constitute an encroachment on the territorial sovereignty of the State of residence of the third country nationals and, therefore, require its consent in each case, which also can occur the question of who is the responsible for following the rules of the democratic distribution of powers.

The editors thank the staff at the Institute for Public Law at the University of Marburg for their active assistance in the compilation of this volume in the state and international law treatises of the study group on politics and international law, in particular Petra Kühn and Heike Speier and the student employees Maria Theresia Alves Hengstl and Karen Long.

Marburg, December 2015

Gilbert Gornig, Hans-Detlef Horn

Inhaltsverzeichnis

Hans-Detlef Horn

Der Staat und „sein“ Gebiet: eine durch Rechtsgrenzen gesicherte Schicksals- gemeinschaft	21
Abstract	33

Gilbert H. Gornig

Territoriale Souveränität und Gebietshoheit als Begriffe des Völkerrechts	35
Abstract	76

David Bergius

Der Übergang der deutschen Ostgebiete an Polen und die Sowjetunion	77
Abstract	88

Hilde Farthofer

Fehlende Anerkennung und Selbstbestimmung: der Fall Nordzypren	89
Abstract	110

Adrianna A. Michel

Die Ukraine-Krise aus völkerrechtlicher Perspektive. Die Krim im russisch- ukrainischen Spannungsfeld	111
Abstract	152

Falk Hartmann

Selbstbestimmungsrecht im russischen Teil des Nordkaukasus	155
Abstract	171

Aldona Szczeponek

Fragen der territorialen Souveränität und Gebietshoheit in Israel und Palästina	173
Abstract	193

Lì Lì

Die Beziehungen zwischen dem chinesischen Festland und Taiwan aus dem Blickwinkel des chinesischen Festlandes	195
Abstract	215

Wen-Chin Chen

Politischer und rechtlicher Status Taiwans	217
Abstract	240

Friedemann Larsen

Fremde Wahlen auf eigenem Staatsgebiet. Fragen an die Gebietshoheit	241
Abstract	260

Die Autoren	261
-------------------	-----

Personenverzeichnis	273
---------------------------	-----

Sachverzeichnis	275
-----------------------	-----

Table of Contents

<i>Hans-Detlef Horn</i>	
The State and “its” area: a Common Destiny secured by Legal Borders	21
Abstract	33
<i>Gilbert H. Gornig</i>	
Territorial Sovereignty and Territorial Jurisdiction as Terms of International Law	35
Abstract	76
<i>David Bergius</i>	
The Transfer of the German Eastern Territories to Poland and the Soviet Union	77
Abstract	88
<i>Hilde Farthofer</i>	
Lack of Recognition and Self-Determination: the Case of Northern Cyprus . . .	89
Abstract	110
<i>Adrianna A. Michel</i>	
The Ukraine Crisis from an International Law Perspective. The Crimea in the Russian-Ukrainian Conflict	111
Abstract	152
<i>Falk Hartmann</i>	
Self-Determination in the Russian Part of the Northern Caucasus	155
Abstract	171
<i>Aldona Szczeponek</i>	
Questions on Territorial Sovereignty and Territorial Jurisdiction in Israel and Palestine	173
Abstract	193
<i>Lì Lì</i>	
The Relations between the Chinese Mainland and Taiwan from the Perspective of the Chinese Mainland	195
Abstract	215
<i>Wen-Chin Chen</i>	
The Political and Legal Status of Taiwan	217
Abstract	240
<i>Friedemann Larsen</i>	
Foreign Elections on own Territory: Questions to the Territorial Jurisdiction . .	241
Abstract	260
The Authors	261
Index of Persons	273
Subject Index	275

Abkürzungsverzeichnis / List of Abbreviations

a. A.	anderer Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
Abs.	Absatz
AdG	Archiv der Gegenwart
a. E.	am Ende
a. F.	alte Fassung
AJIL	American Journal of International Law
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
ArchVR	Archiv des Völkerrechts
ARSP	Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
AVR	Archiv des Völkerrechts
BAnz.	Bundesanzeiger
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
Bd.	Band
Bearb.	Bearbeiter
Beschl.	Beschluss
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGE	Schweizerisches Bundesgericht
BReg.	Bundesregierung
BT	Bundestag
BT-Drucks.	Bundestags-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BWG	Bundeswahlgesetz
CDU	Christlich Demokratische Union
Dig.	Digesten
Dok.	Dokument
Dok. Anh.	Dokumentenanhang
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
EA	Europa-Archiv
ebd.	ebenda
ed.	editor/edition
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EJOTS	European Journal of Transnational Studies
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
EPIL	Encyclopedia of Public International Law

ErgBl.	Ergänzungsblatt
Ergl.	Ergänzungslieferung
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EvStL	Evangelisches Staatslexikon
f(f).	folgende
FAS	Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
Fn.	Fußnote
G	Gesetz
GA	General Assembly
GG	Grundgesetz
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GYIL	German Yearbook of International Law
HbdStR	Handbuch des Staatsrechts
Hrsg.	Herausgeber(in)
ICJ	International Court of Justice
IGH	Internationaler Gerichtshof
ILM	International Legal Materials
i. V. m.	in Verbindung mit
JAIL	Japanese Annual of International Law
JÖR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts
krit.	kritisch
lit.	litera
LNJO	League of Nations Official journal
LNTS	League of Nations Treaty Series
Mithrsg.	Mitherausgeber(in)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
No.	Number
Nr.	Nummer
NRG	Nouveau Recueil Général des Traités
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
OAS	Organization of American States
o.J.	ohne Jahr
ÖZöRV	Österreichische Zeitschrift für öffentliches Recht
PCIJ	Permanent Court of International Justice
PLO	Palestine Liberation Organization
Res.	Resolution
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RIAA	Reports of International Arbitral Awards
Rn.	Randnummer
ROW	Recht in Ost und West. Zeitschrift für Ostrecht und Rechtsvergleichung
Rs.	Rechtssache
Rz.	Randzeichen
S.	Seite
s.	siehe
s. a.	siehe auch

sog.	so genannt
SR	Sicherheitsrat
SRÜ	Seerechtsübereinkommen
StAnz.	Staatsanzeiger
Sten. Ber.	Stenographischer Bericht
StIGH	Ständiger Internationaler Gerichtshof
Suppl.	Supplement
SVN	Satzung der Vereinten Nationen
SZ	Süddeutsche Zeitung
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UN	United Nations
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNTS	United Nations Treaty Series
USA	United States of America
v.	vom
Var.	Variante
VG	Verwaltungsgericht
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
vol.	volume
VR	Volksrepublik
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
WP	Wahlperiode
WTO	World Trade Organization
WÜD	Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen
WÜK	Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
Ziff.	Ziffer
ZP	Zusatzprotokoll

Der Staat und „sein“ Gebiet: eine durch Rechtsgrenzen gesicherte Schicksalsgemeinschaft

Von *Hans-Detlef Horn*

I. Das Gebietsmodell des Staates

1. Ohne Staatsgebiet kein Staat

„Gebietshoheit“ und „territoriale Souveränität“ bezeichnen raumbezogene Komponenten und Kompetenzen der souveränen Regelungsgewalt eines Staates. Beide Begriffe nehmen damit die dem modernen Staat eigentümliche Verbindung von Staatsgewalt und Staatsgebiet auf.¹ Sowohl das Völker- und das Staatsrecht als auch die Allgemeine Staatslehre beschreiben bis heute den Staat als ein notwendig territorial gebundenes Ordnungsmodell. „Ohne Staatsgebiet kein Staat.“² Neben einem Staatsvolk und einer Staatsgewalt gehört ein Staatsgebiet zu den unstreitigen Voraussetzungen eines Staates,³ gleichviel ob der Anerkennung in der Staatenpraxis insofern eine konstitutive Wirkung zukommt oder nicht.⁴ Das Junktim ist derart vollständig, dass es „uns selbstverständlich und fast banal erscheint“⁵. Ganz unwillkürlich tritt uns, sobald von einzelnen Staaten die Rede ist, ein kartographisches Bild vor Augen, und dieses Bild wird zudem von der Vorstellung begleitet, dass es das Staatsgebiet ist, das für die beiden anderen, Staatsvolk und Staatsgewalt, den existentiell

¹ Vgl. statt vieler *Florian Becker*, Gebiets- und Personalhoheit des Staates, in: Josef Isensee/Paul Kirchhof (Hrsg.), HStR, 3. Aufl., Bd. XI, 2013, § 230 Rn. 13 ff.

² *Wolfgang Graf Vitzthum*, Staatsgebiet, in: Josef Isensee/Paul Kirchhof (Hrsg.), HStR, 3. Aufl., Bd. II, 2004, § 18 Rn. 1 m.w.N.; *Bernhard Kempen*, Staat und Raum, 2014, S. 13; zu Staat und Staatsgebiet s. ferner *Becker* (Anm. 1), § 230 Rn. 1 ff., 5 f.; *Klaus Vogel*, Staatsgebiet, in: EvStL, 3. Aufl. 1987, Sp. 3394 ff.; *Herbert Krüger*, Allgemeine Staatslehre, 2. Aufl. 1966, S. 87 ff.; *Georg Jellinek*, Allgemeine Staatslehre, 3. Aufl. 1913, Nachdruck 1960, S. 394 ff.

³ Grundlegend *Jellinek* (Anm. 2), S. 394 ff.; vgl. ferner *Alfred Verdross/Bruno Simma*, Universelles Völkerrecht, 3. Aufl. 1984, § 378 ff. (S. 223 ff.); *Karl Doehring*, Völkerrecht, 2. Aufl. 2004, Rn. 49 f.; *Volker Epping*, in: Knut Ipsen, Völkerrecht, 5. Aufl. 2004, § 5 Rn. 1 f.

⁴ Dazu *Doehring* (Anm. 3), Rn. 153 ff., 941 ff.; *Epping* (Anm. 3), § 5 Rn. 172 ff.; *Matthias Herdegen*, Völkerrecht, 13. Aufl. 2014, § 8 Rn. 10 ff.; *Bernhard Kempen/Christian Hillgruber*, Völkerrecht, 2. Aufl. 2012, § 4 Rn. 13 ff.; *Andreas von Arnould*, Völkerrecht, 2012, Rn. 93 ff.

⁵ *Martin Kriele*, Einführung in die Staatslehre, 6. Aufl. 2003, S. 66.

notwendigen Raumbezug herstellt:⁶ Der moderne Staat zeigt sich in seiner Herrschaftsgewalt über ein Staatsvolk auf einem bestimmten Gebiet.⁷

Daran ändern auch die Vorgänge der Globalisierung und Supranationalisierung nichts. Der „transmoderne“ Wandel der Staatsgestalt hin zu einer „offenen Staatlichkeit“;⁸ die sich in grenzüberschreitende Rechtssysteme und Wirtschaftsgemeinschaften integriert, behält seine Basis im Staat als dem politischen Primärraum. Und diese Basis manifestiert sich gerade auch im Element des Staatsgebiets. Denn der Änderungs- und Anpassungsdruck der internationalen Verflechtung lastet mehr auf den traditionellen Verständnissen von souveräner Staatsgewalt und identischem Staatsvolk, indessen der Begriff des Staatsgebiets davon unberührt bleibt.⁹

2. Von Personalkörperschaft zu Gebietskörperschaft

Der Territorialzusammenhang der drei Staatselemente ist freilich kein empirisches Naturgesetz oder intelligibles Apriori, sondern das kontingente Ergebnis einer Jahrhunderte währenden Sozialentwicklung. In deren Verlauf wurden die alten Herrschaftsstrukturen des Mittelalters, die sich wesentlich über die personalen Bande des Lehensrechts definierten, durch das Modell des „institutionellen Flächenstaates“ abgelöst. Der Bezugspunkt der Staatsgestaltung verschob sich in der Neuzeit zunehmend und schließlich ganz und gar auf ein bestimmtes, abgegrenztes Territorium, das vollumfänglich und in allen seinen Teilen gleichmäßig einer einheitlichen Ordnungsgewalt unterworfen ist. Der Begriff vom Staat als Personalkörperschaft wurde so überlagert von dem der Gebietskörperschaft; das Territorium wandelte sich vom bloßen Anknüpfungspunkt des Lehenswesens zum konstitutiven Element der Staatlichkeit; die Herrschaftsgewalt erhielt ein Territorium zur Voraussetzung ihres Tatbestandes.¹⁰ *Rousseau* brachte es auf den – vielzitierten – Punkt: Nicht König *der* Perser, sondern König *von* Frankreich.¹¹

⁶ Den wesentlichen Territorialzusammenhang von Staatsgewalt und Staatsvolk habe ich schon einmal herausgestellt: *Hans-Detlef Horn*, Demokratie und Staatsgebiet. Die Bedeutung des Wohnsitzes für das Wahlrecht, in: Gilbert Gornig/Hans-Detlef Horn/Dietrich Murswiek (Hrsg.), Nationales Wahlrecht und internationale Freizügigkeit, 2015, S. 53 ff. (60 ff.).

⁷ Vgl. die klassische Definition von *Jellinek* (Anm. 2), S. 183: Staat als „die mit ursprünglicher Herrschermacht ausgerüstete Körperschaft eines *seßhaften* Volkes“ (Hervorh. von mir), in der der Siedlungsbereich eines Volkes als Merkmal des Staatsgebiets auftritt. Vgl. auch *Daniel-Erasmus Khan*, Die deutschen Staatsgrenzen, 2004, S. 2. Krit. zum möglichen Missverständnis der *Jellinekschen* Definition im Sinne der Lehre eines „natürlichen“ Staatsgebiets *Kriele* (Anm. 5), S. 68.

⁸ Dazu *Udo Di Fabio*, Das Recht offener Staaten, 1998, S. 122 ff.

⁹ So auch die zutreffende Analyse von *Khan* (Anm. 7), S. 6 ff.

¹⁰ Die Entwicklung ist vielfach und gründlich nachgezeichnet worden: Vgl. wiederum statt vieler *Becker* (Anm. 1), § 230 Rn. 5 f.; *Kriele* (Anm. 5), S. 66 f.; *Khan* (Anm. 7), S. 15 ff., sowie *Rolf Grawert*, Staat und Staatsangehörigkeit, 1973; *Hans Boldt/Werner Conze/Görg Haverkate/Diethelm Klippel/Reinhard Koselleck*, Staat und Souveränität, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhard Koselleck (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. VI, 1990, Studienausgabe 2004, S. 1 ff.

3. Territorialität als grundlegendste Wesenskongretisierung des Staates

Die Aussage, der Staat *habe* ein Staatsgebiet, trifft daher die Sache nur ungenau.¹² Das Staatsgebiet ist vielmehr, wie *Rudolf Smend* schrieb,¹³ die „grundlegendste sachliche Wesenskongretisierung“ des Staates an und für sich. Auf ihm erhebt sich das Dasein und Leben des Staates. Die Menschen, die ihn bilden, stürzten buchstäblich ins Bodenlose, gäbe es nicht den „gesicherten“ Grund, von dem aus sie zur integrativen Erfüllung dieses staatlichen Daseins und Lebens hinausschreiten könnten.¹⁴ Für den durch die Brille seiner Verfassung betrachteten Typus Verfassungsstaat erweist sich das Staatsgebiet, kulturwissenschaftlich gedeutet, gar als die „Grundlage seiner kulturellen Identität und geschichtlichen Individualität“. Kraft seiner normativen, die (Kultur-)Werte von Menschenwürde und Freiheit, Rechtsstaat und Demokratie verbürgenden Verfassung ist das Staatsgebiet nicht bloß ein *factum brutum*, sondern „kulturell geprägtes Land“.¹⁵ So sind auch Sprache, Kultur und Geschichte eines Staatswesens jeweils in vielfältiger Weise durchdrungen von autochthonischen Bildern.¹⁶ Staat und Nation finden im Wort des Landes zusammen, das Land wird in Hymnen besungen, in Balladen und Gedichten gerühmt, auf Flaggen gezeigt, in Zereemonien und Sportarenen repräsentiert, in Kriegen verteidigt. In seinen Farben und Gerüchen, mit seinen Bergen und Tälern, Wäldern, Flächen und Flüssen ist es Gegenstand von Erzählungen, von Gefühlen, Träumen und Erinnerungen; im Land findet man seine Heimat und schließlich seine letzte Ruhestätte. Das Territorium ist das universal gültige Kriterium der neuzeitlichen Staatlichkeit und der maßgebende Faktor der politischen Gliederung der Welt.

¹¹ *Jean-Jacques Rousseau*, *Du Contract Social* (1762), dt. Gesellschaftsvertrag, Erstes Buch, 9. Kapitel.

¹² *Graf Vitzthum* (Anm. 2), § 18 Rn. 1.

¹³ *Rudolf Smend*, *Verfassung und Verfassungsrecht*, in: ders., *Staatsrechtliche Abhandlungen*, 3. Aufl. 1994, S. 119 ff. (197).

¹⁴ Siehe auch zu den „geographischen Bedingungen des staatlichen Handelns“ *Hermann Heller*, *Staatslehre*, 6. Aufl. 1983, S. 159 ff., 162: auf der „Schicksalsgemeinschaft des Bodens“ beruht das Wesen des Staates als einer „gebietsuniversalen Entscheidungs- und Wirkungseinheit“; „Raumgenossenschaft“ als „wesentliche Bedingung der staatlichen Einheit“. Erinnert sei im Übrigen schon an die Lehren zu den Klima- und Bodenabhängigkeiten staatlicher Politik von *Montesquieu* im 14. bis 18. Buch seines *De l'Esprit des Loix* (1748), dt. *Vom Geist der Gesetze*.

¹⁵ Zu dieser Deutung *Peter Häberle*, jetzt in: ders., *Der kooperative Verfassungsstaat – aus Kultur und als Kultur*, 2013, S. 46 ff. (Zitate); ebd. auch das vorgängige Sprachbild vom Sturz ins Bodenlose ohne gesicherten Grund.

¹⁶ Dazu *Joseph H. H. Weiler*, *Der Staat „über alles“*. Demos, Telos und die Maastricht-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, *JÖR* 44 (1996), S. 91 ff. (123).